



PERSONALRATSWAHLEN

Erfolge für die GdP

Personalratswahlen in den Polizeidirektionen Flensburg und Neumünster

Flensburg/Neumünster – Mit Erfolgen für die Gewerkschaft der Polizei gingen die Wahlen zu den örtlichen Personalräten bei den Polizeidirektionen in Flensburg und Neumünster aus.

Nach der Fusion der Polizeidirektionen Flensburg und Husum zur Polizeidirektion Flensburg standen nun die Wahlen zum gemeinsamen Personalrat an. Mit einem erfreulichen Ergebnis für die GdP. Nach der Wahl stellt die GdP neun der insgesamt elf Sitze. 76,6 Prozent der Beamten nutzten dabei die Möglichkeit zu wählen, während die Wahlbeteiligung im Tarifbereich bei 92,8 Prozent lag.

Damit setzt sich der Personalrat der PD Flensburg folgendermaßen zusammen.

Regionalgruppe Schleswig-Flensburg: Michael Carstensen (249 Stimmen), Ralf Lubas-Heinrich (223), Ulrich Ahlemann (207), Stephan Koop (207), Maik Schneider (202).

Regionalgruppe Nordfriesland: Bernd Carstensen (197), Sven Hansen (179), Harald Broders (158) und Frank Sönnichsen (156).

Ersatzmitglieder (SL-FL): Mario Schwendke (197) und Olaf Loest (182).

Ersatzmitglieder (NF): Levke Hansen (154) und Lothar Glöckner (147).

In der anschließenden konstituierenden Sitzung wurde Bernd Carstensen zum Vorsitzenden und Michael Carstensen zu seinem Stellvertreter gewählt.

Und wie verlief die Personalratswahl bei der Polizeidirektion Neumünster?

Nach einer Wahlbeteiligung bei den Beamtinnen und Beamten von ca. 68 Prozent und ca. 82 Prozent bei den Tarifbeschäftigten gehören fortan folgende Kolleginnen und Kollegen dem Personalrat bei der Polizeidirektion Neumünster an:

Torsten Jäger (297 Stimmen), Helge Stolze (267), Ulrich „Egon“ Bahr (218), Daniela Westphal (210), Maike Thun (197), Bernd Lück (197), Carsten Franke (188), Carsten Gross (171),

Werner Thode (168), Peter Beer (156) sowie Martina Vogt (Tarif/17 Stimmen). Ihre Stellvertreterin ist Petra Wannemacher (11). Zu den Nachrückern bei den Beamten zählen Dirk Maschmann, Thorsten Marxen, Anna-Katharina Kutz, Hartmut Schmidt, Oliver Müller und Marcus Sterzik. Zum Vorsitzenden wurde bei der konstituierenden Sitzung Carsten Gross gewählt, zum Stellvertretenden Vorsitzenden Ulrich „Egon“ Bahr.

Beeindruckt vom Abschneiden der Gewerkschaft der Polizei in den beiden Polizeidirektionen zeigte sich

der GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner.

„Das klare Vertrauensvotum für die GdP spricht für sich und ist beachtlich. Damit wurde die geleistete Arbeit in den Regionalgruppen, aber auch in den bisherigen örtlichen Personalräten gewürdigt. Ich danke allen Kandidatinnen und Kandidaten für ihre Bereitschaft und gratuliere den gewählten Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich und wünsche Ihnen eine erfolgreiche Personalratsarbeit, so Börner.

Thomas Gründemann



Bernd Carstensen



Michael Carstensen



Carsten Gross



Ulrich „Egon“ Bahr



Martina Vogt



„Asoziale“ Fußballfans ärgern Polizeiminister

Innensenator Neumann und Innenminister Breitner beklagen Arbeitsbelastung der Polizei

Eutin/tg/bu – Auf Krawall gebürstete Fußballfans sorgen zunehmend für teure Polizeiaktionen. Auf ihr Konto gehen bereits 38 Prozent der länderübergreifenden Polizeieinsätze im Bundesgebiet. „Es ist irre, was bei Fußballspielen der Polizei abverlangt wird“, verurteilten Innenminister Andreas Breitner und Hamburgs Innensenator Michael Neumann vereint in Eutin die Fan-Auswüchse. Breitner stellte fest, dass selbst das bundesliga-freie Schleswig-Holstein unter der Gewalt von Fußballfans leide. Denn auch bei Spielen in Preetz oder Flensburg müsse die Polizei jetzt parat stehen. Beide SPD-Politiker präsentierten

zwar keinen neuen Lösungsvorschlag, legten aber dar, dass sie von den Fußballclubs mehr Initiative gegen die Randalere erwarten. „Der Sport muss aufpassen, dass er nicht seine Akzeptanz verliert und Familien nicht mehr ins Stadion gehen“, sagte Neumann. Und: „Es macht mich traurig, dass 79 900 Zuschauer nicht deutlich zeigen, was sie von den 100 asozialen Brandstiftern halten.“

Auf die Frage, ob er bei einem Abstieg des HSV mit gewalttätigen Fan-Auseinandersetzungen in Hamburg rechne, sagte Neumann: „Der HSV steigt nicht ab.“ Im Übrigen könnten sich Hamburgs Ordnungshüter auf die Unterstützung ihrer Kollegen aus Schleswig-Holstein verlassen, wie die Einsätze bei den Krawallen um die Rote Flora kurz vor Weihnachten gezeigt hätten. Dafür stattete er in der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und Bereitschaftspolizei auf Hubertushöhe den Führungskräften der Ersten Einsatzhundertschaft und dreier Einzeldiensthundertschaften aus dem Land einen Dankesbesuch ab. Im Bereich der Inneren Sicherheit klappte die Kooperation zwischen



Michael Neumann, Jan Lewering, Hartmut Dudda (Polizei HH), Andreas Breitner. Foto: tg/bu

Hamburg und Schleswig-Holstein mustergültig, betonte Neumann.

Angetan von dem Besuch der Hamburger Gäste war auch der Chef der 1. Einsatzhundertschaft, Jan Lewering. „Wir haben uns sehr über die Geste des Innensensors Hamburgs, Michael Neumann, und unseres Innenministers Andreas Breitner gefreut, uns eine persönliche, positive Rückmeldung für die Unterstützung im Rahmen der Einsatzlage am 21. Dezember vergangenen Jahres in Hamburg zu geben. Für uns ist und bleibt es selbstverständlich, dass wir auch kurzfristig unsere Kolleginnen und Kollegen in den benachbarten Bundesländern unterstützen, wenn es erforderlich ist“, sagte der Polizeioberst.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 5/2014:
Freitag, 4. April 2014



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZIELITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

REGIONALGRUPPENTERMINE

Einladung!

Regionalgruppe AFB

Jahreshauptversammlung am Donnerstag, **22. Mai 2014**, um 10.30 Uhr in den Kasinoräumen der PD AFB mit dem internen Teil. Nach der Mittagspause wird sie um 13.30 Uhr mit dem öffentlichen Teil fortgesetzt. Hierzu haben wir Innenminister Andreas Breitner eingeladen. Das Motto der Veranstaltung: **„Der Innenminister im Kreuzverhör bei der AFB“.**

**Schleswig-Flensburg
Preisschießen** am Freitag, **9. Mai 2014**, 14.30 Uhr, in Fahrdorf, Schützenheim. Anmeldungen bitte an: Michael Carstensen, E-Mail: Michael.

Carstensen@polizei.landsh.de, Tel.: 04 61-4 84 25 01.

Grillen für Senioren am Mittwoch, **21. Mai 2014**, 15.00 Uhr, in Fahrdorf, Schützenheim. Wir hoffen auf eine rege Beteiligung und wünschen uns einen gemütlichen Tag mit gutem Essen und Gesprächen. Anmeldungen bis zum 16. Mai 2014 bitte an: Walter Bossen, Tel.: 0 46 21-5 36 31, oder Michael Carstensen, Tel.: 04 61-4 84 25 01.

**Schleswig-Holstein Mitte
Jungsenioren-Stammtisch** am Donnerstag, **8. Mai 2014**, 17.00 Uhr, Sportlerheim Husberg-Bönebüttel, Sikkamp 16, 24620 Husberg.



VERSORGUNGS AUSGLEICH BEI EHESCHIEDUNGEN**Neues Recht, auch für „alte“ Fälle!**

Das neue Recht – Versorgungsausgleichsgesetz (VersAusglG) – trat am 1. 9. 2009 in Kraft. Der von der Verfassung vorgegebene Halbteilungsgrundsatz soll nunmehr durch eine „interne“ hälftige Teilung jedes einzelnen Versorgungsanspruches erfolgen und nicht mehr wie bisher durch eine Gesamtsaldierung. Während bei Bundesbeamten/-innen tatsächlich eine interne Halbteilung der Beamtenversorgung erfolgt, verbleibt es bei der Versorgung der Landesbeamten/-innen bei der bisherigen externen Teilung, was teilweise zu erheblichen Nachteilen führt.

Fast jede zweite Ehe von Polizeibeamten/-innen wird geschieden. 100 Euro monatlicher Versorgungsausgleich haben einen Kapitalwert von über 22 000 Euro. Entsprechend sorgfältig und überlegt sollte damit umgegangen werden.

Die massivsten Einschnitte im neuen Versorgungsausgleich sind der **Wegfall des Pensionistenprivilegs** und die Beschränkungen des Unterhaltsprivilegs. Auch in Schleswig-Holstein ist das Pensionistenprivileg mit der Einführung des SHBeamVG entfallen.

Bei **Unterhaltsfällen** – Kürzung des Versorgungsausgleichs und gleichzeitiger Unterhaltszahlung an den geschiedenen Ehegatten – wird eine Herabsetzung der Kürzung der Versorgung **auf Antrag bei Gericht** zukünftig nur noch in Höhe von tatsächlich gesetzlich geschuldeten Unterhaltszahlungen erfolgen; § 33 VersAusglG. Zuvor sollte in jedem Fall rechtlicher Rat eingeholt werden, da das Familiengericht auch einen deutlichen höheren gesetzlichen Unterhaltsanspruch berechnen könnte, als bisher gezahlt wurde. Das Ergebnis kann allerdings auch sein, dass ein geringerer oder kein Unterhalt mehr gezahlt werden müsste. Dann ist der bisherige Unterhaltstitel in einem gesonderten Verfahren abzuändern, häufig zeitgleich.

Abänderungen eines „alten“ Versorgungsausgleichs können bei einer Abweichung von 5% beim Ausgleichswert eines zu übertragenden Anrechtes durchgeführt werden. Ein entsprechender Antrag kann erst sechs Monate vor Eintritt in den Ruhestand oder bei Rentenbezug durch den geschiedenen Ehepartner bei Gericht

gestellt werden; § 51 VersAusglG. Es kann nahezu jeder Beamte/in abändern, der/die vor dem Jahr 2003/2004 geschieden wurde, ggf. auch bei späteren Scheidungen. Bei den zu erwartenden weiteren Einschnitten in der Beamtenversorgung werden auch **spätere „Scheidungsjahrgänge“** betroffen sein. Es ist auch zukünftig mit einem erheblichen Einsparpotenzial für informierte GdP-Mitglieder beim Versorgungsausgleich zu rechnen.

Aufgrund der **Komplexität** des neuen Versorgungsausgleichsrechts ist von einem Vorgehen ohne juristischen Rat abzuraten. Jeder Einzelfall muss anhand einer neuen Auskunft des Finanzverwaltungsamtes geprüft werden, um zunächst sicherzustellen, dass die verschiedenen Abänderungsvoraussetzungen erfüllt sind. In einem weiteren Schritt ist es wichtig, die finanziellen Auswirkungen einer möglichen Abänderung – orientiert an der neuen Ausgleichsform der Teilung eines jeden einzelnen Anrechtes – im Rahmen einer Prognose zu bewerten. Nur so kann festgestellt werden, ob sich ein Abänderungsverfahren tatsächlich lohnt. Dieses ist ganz überwiegend der Fall.

Überzahlungen an den geschiedenen Ehegatten während der Dauer eines gerichtlichen Abänderungsverfahrens können von diesem unter dem Gesichtspunkt der ungerechtfertigten Bereicherung zurückgefordert werden; § 30 III VersAusglG. Dieses wird häufig übersehen und es geht vielfach um erhebliche Summen.

Der Verfasser führt für über 600 GdP-Mitglieder **bundesweit** Abänderungsverfahren zum Versorgungsausgleich. Die Erfolgsquote bei den gerichtlichen Verfahren liegt bei 99%. Im Einzelfall können zwischen **50 Euro bis 300 Euro monatlich** eingespart werden. Eine Einsparung von 150 Euro/mtl. führt bei einer weiteren Lebenserwartung von 20 Jahren zu einer Summe von 36 000 Euro. Die Gesamteinsparung für die hier vertretenen GdP-Mitglieder liegt mittlerweile im zweistelligen Millionenbereich.

Für Beamte/-innen mit einer **besonderen Altersgrenze** (Polizei, Feuerwehr, JVA) ist zu beachten: Ein Beamter/-in gibt nach dem „neuen“ VersAusglG die Hälfte seiner Beamtenversorgung ab und erhält die Hälfte der Anwartschaften des geschiede-



Rechtsanwalt Bernd Stege

nen Ehepartners auf ein ggf. neu einzurichtendes Konto bei der Deutschen Rentenversicherung übertragen. Bei der DRV können Beamte/-innen erst ab der dortigen Regelaltersgrenze – 65. bzw. 67. Lebensjahr – die volle Altersrente beziehen. Um hier Härten zu vermeiden, gibt es die Möglichkeit der Herabsetzung der Kürzung der Beamtenversorgung in Höhe der zwischenzeitlich nicht zu beziehenden Altersrente aus der DRV. Ein Antrag gemäß § 35 VersAusglG ist beim Finanzverwaltungsamt zu stellen.

Sofortiger Handlungsbedarf besteht für jene Fälle, in denen sich der geschiedene Ehepartner aufgrund **Versterbens** nur maximal 36 Monate im Leistungsbezug befand. Die Kürzung kann dann auf Antrag beim Finanzverwaltungsamt zukünftig aufgehoben werden; § 37 VersAusglG. In bestimmten Fällen findet diese strenge 36-Monats-Regelung mit der Eröffnung eines Abänderungsverfahrens keine Berücksichtigung. Rechtlicher Rat ist hierzu zwingend erforderlich, um eigene Nachteile zu vermeiden.

Bei Abänderungsverfahren zum Versorgungsausgleich wie auch im Scheidungsverfahren selbst sind einige **„Fallstricke und Stellschrauben“** zu beachten,

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

die besondere Kenntnisse im Familien- und zwingend auch im Beamtenrecht erfordern. Insbesondere bei Landesbeamten/-innen kann die Übertragung von Anrechten in der gesetzlichen Rentenversicherung problematisch sein und bietet sich in vielen Fällen das Treffen einer Vereinbarung zwischen den Ehepartnern an. Fälle von vorzeitigem Ruhestand sind immer noch „Hochrisiko-Fälle“ und sollten immer erst nach spezialisiertem rechtlichen Rat vorangetrieben werden. Beamtinnen werden leider auch im neuen Versorgungsausgleich teilweise massiv benachteiligt.

Auf einer mitgliederoffenen Veranstaltung am **Dienstag, 13. Mai 2014, 15.30 Uhr, im Hotel Schützenheim, Itzehoer Chaussee 2, 24784 Westerrönfeld, Telefon: 0 43 31-8 90 41, Telefax: 0 43 31-8 75 26**, sollen Fragen zu dieser Thematik behandelt und beantwortet werden. Für Einzelfragen stehen Rechtsanwalt Stege und eine Mitarbeiterin im Anschluss zur Verfügung.

Thematisch wird behandelt:

- **Möglichkeiten zur Abänderung rechtskräftiger Entscheidungen**
- **Vereinbarungen in heutigen Scheidungsverfahren**
- **Risikofaktoren.**

Die Veranstaltung ist für GdP-Mitglieder kostenfrei. Es werden Kaffee und ein Stück Kuchen gereicht. Fahrtkosten werden nicht erstattet. Anmeldungen bitte bis zum **6. Mai 2014** an Gewerkschaft der Polizei, Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel, Telefon: 04 31-1 22 10 15, E-Mail: Dorith.Schulz@gdp.de

Info-Material zu den dargestellten Thematiken des Versorgungsausgleichs kann von GdP-Mitgliedern beim Verfasser kostenfrei angefordert werden, möglichst per E-Mail: rastege@bremen.de

Bernd Stege,
Rechtsanwalt in Bremen

PERSONELLES

Landesvorstand besetzte Funktionen

Westerrönfeld/Kiel. Es war die erste Sitzung des Landesvorstandes nach dem Delegiertentag. Sitzungsgemäß hatte der Vorstand eine Reihe von Besetzungen und Ernennungen vorzunehmen, die für die nächsten vier Jahre gelten.

GdP-Rechtsschutzkommission

Die Bearbeitung des Rechtsschutzes wird im Landesbezirk durch eine Rechtsschutzkommission geregelt. Sie tritt in der Regel monatlich zusammen und berät die aufgelaufenen Fälle. Ihr gehören nunmehr bis 2017 folgende Kollegen an:

Bodo Nagel (RG Segeberg-Pinneberg)
Karl-Hermann Rehr, Landesgeschäftsführer (RG Kiel-Plön)
Horst Winter (RG AFB)
Ludger Mers (Ersatz, RG Kiel-Plön)
Andreas Kropius (für den GLV, RG Steinburg-Dithmarschen)

Aufsichtsrat Sozialwerk der GdP Schleswig-Holstein GmbH (PSW-Reisen)

Der Gesellschaftervertrag der GmbH sieht einen Aufsichtsrat zur Kontrolle der Geschäftsführung vor. Vor allem nimmt er den jährlichen Jahresabschluss entgegen und regelt ansonsten die anfallenden Fragen, soweit sie nicht in die Kompetenz der Geschäftsführung oder der Gesellschafter fallen. Ihm gehören künftig an:

Frank Lassen (RG Segeberg-Pinneberg, für den Landeskontrollausschuss
Werner Mauren (PSD Bank, Vorsitzender des Aufsichtsrates)

Andreas Breitner (Innenminister, RG Schleswig-Holstein Mitte)

Oliver Malchow (GdP-Bundesvorsitzender, RG Lübeck-Ostholstein)

Martin Hellweg (für GdP-Service GmbH Niedersachsen)

Delegierte zum 25. Ordentlichen Bundeskongress

2014 findet regulär der nächste Bundeskongress der GdP statt. Austragungsort ist in diesem Jahr wieder Berlin. Dem Landesbezirk Schleswig-Holstein stehen insgesamt sieben Mandate zu, wovon die Hälfte der Delegiertentag wählt. Die andere Hälfte fällt in die Kompetenz des Landesvorstandes. Den Landesbezirk vertreten im kommenden November folgende Kolleginnen und Kollegen:

Jan Schmidt (Junge Gruppe)
Michael Koettlitz (RG Kiel-Plön)
Bernd Lück (RG Schleswig-Holstein Mitte)
Uwe Weßler (vom GLV)
Imke Kalus (Frauengruppe)
Jörn Löwenstrom (RG Lübeck-Ostholstein)
Axel Dunst (RG AFB)

Landesfachausschuss Kriminalpolizei

Der Landesvorstand kann zu seiner Unterstützung Fachausschüsse und

Kommissionen berufen. In dieser Sitzung befasste sich das Gremium mit dem Landesfachausschuss Kriminalpolizei. Er soll nach Auffassung des Landesvorstandes eine arbeitsfähige Größe haben. So wurden nun folgende Kolleginnen und Kollegen berufen: Michael Raasch (RG Nordfriesland)
Michael Börger (RG Lauenburg-Stormarn)
Kerstin Friedrich (RG Lübeck-Ostholstein)
Cathrin Frost (RG Lübeck-Ostholstein)
Michael Koettlitz (RG Kiel-Plön)
Wolf-Ulrich Loewe (RG Kiel-Plön)
Kai Richter (RG Kiel-Plön)
Marcel Tartemann (RG Kiel-Plön)
Maike Thun (RG Schleswig-Holstein Mitte)
Thomas Mertin (für den GLV, RG AFB)

TAUSCHGESUCH

PMA (LaPo HH) sucht nach Abschluss seiner Ausbildung bei der Polizei Hamburg (PM ab August 2014) Tauschpartner/-in von der LaPo SH.

Kieler Kontaktadresse: Ronald Wiezorek, IM SH - IV 411, Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel, Tel.: 04 31-9 88 31 59, ronald.wiezorek@im.landsh.de

Hinweis:

Wiedereinführung der Heilfürsorge für Vollzugskräfte der Polizei HH wurde vereinbart. Gesetzentwurf sieht dafür den 1. Oktober 2014 vor.



Rüdiger Smal – der Kümmerer

Kiel/tg – Wenn die Bezeichnung „Kümmerer“ auf jemanden in der Landespolizei zutrifft, dann ist es Rüdiger Smal. Der 52-jährige Angestellte im Sachgebiet 161 „Haushalt und Beschaffung“ des Landespolizeiamtes (LPA) erfreut sich wegen seines besonderen Engagements bei Großeinsatzlagen der Polizei größter Wertschätzung der Polizeikräfte. Rüdiger Smal ist sicherlich einer, den der damalige Landespolizeidirektor Wolfgang Pistol im Auge hatte, als er bei Einrichtung des LPA von einer Servicedienststelle sprach. Der Leitende Polizeidirektor Bernd Lohse, Smals ehemaliger Chef, bezeichnet ihn als „die gute Seele im LPA“.

Zuletzt unterstrich Smal beim mehrmonatigen Einsatz der Landespolizei an der Rader Hochbrücke seinen guten Ruf. Ausgesprochen fürsorglich nahm sich der gebürtige Kieler der „kleinen und großen Sorgen“ der eingesetzten Polizistinnen und Polizisten an, die aus dem gesamten Land abgezogen worden waren, um Tag und Nacht die schwierige Verkehrssituation an der für Schwerverlastfahrzeuge gesperrten Hochbrücke zu regulieren.

Da sich dieser Auftrag als eine ungewöhnlich undankbare und andauernde Aufgabe für die Einsatzkräfte erwies, war es vor allem für die Motivation für die Polizisten vor Ort besonders wichtig, sie möglichst optimal zu versorgen.

Der richtige Mann an der richtigen Stelle

Dabei erwies sich Rüdiger Smal als „der richtige Mann an der richtigen Stelle“. Denn es war insbesondere auch der rührige Smal, der dafür sorgte, dass die Polizisten an der Rader-Hochbrücke eben diese bestmögliche Versorgung erhielten und vor allem einen ständigen Ansprechpartner hatten, der im Notfall rund um die Uhr und auch am Wochenende immer für sie erreichbar war. So wurden im Rahmen einer Abschlussbesprechung zum Einsatz an der Rader Hochbrücke die Bemühungen und Hilfsbereitschaft Smals von allen Vertretern ausdrücklich gewürdigt. Dazu gehörte auch Erich Bülow, der Chef des Polizei-autobahn- und Bezirksreviers Nord.



Rüdiger Smal

Foto: Gründemann

„Rüdiger Smal war in dieser Zeit der Ansprechpartner für das PABR Nord und die eingesetzten Beamten. Er hat diese Aufgabe mit einem Engagement wahrgenommen, das seinesgleichen sucht“, ist Bülow voll des Lobes. Ob Beleuchtung, Toiletten, Container, deren Reinigung, Instandsetzung oder was auch immer, Rüdiger Smal habe stets ein offenes Ohr und Ideen gehabt und sich gekümmert. Egal zu welcher Tages- und sogar Nachtzeit, Rüdiger Smal sei ansprechbar gewesen. Und besonders bemerkenswert: „Nichts war ihm zu viel, nie spürte man Unmut oder schlechte Laune. So hat Rüdiger Smal mit seinem Engagement und Verhalten sehr viel zur Motivation der eingesetzten Beamtinnen und Beamten und zur Bewältigung des Einsatzes beigetragen. Dies haben alle Einsatzkräfte wahrgenommen und mir auch mitgeteilt. Letztlich hat er damit auch sehr viel für das Image des LPA getan“, so Bülow weiter.

Bin nur Teil eines Teams

Im Gespräch mit mir wird schnell deutlich, dass dem Vater dreier Kinder (22, 19, 13) die Lobeshymnen zu seiner Person fast schon peinlich sind. „Schließlich bin ich nur Teil eines gut funktionierenden Teams“, unterstreicht Rüdiger Smal und weist auf die Unterstützung von Vorgesetzten und Kollegen hin. Und was von den Einsatzkräften gewürdigt wurde, ist für den 52-jährigen Angestellten ohnehin nur eine Selbstverständlichkeit.

„Es ist meine Aufgabe, den Polizisten vor Ort den schwierigen Job so angenehm wie möglich zu machen. Darauf haben sie einen Anspruch, und das rund um die Uhr“, sagt Rüdiger Smal. In der Regel werde ihm dafür auch spürbare Dankbarkeit entgegengebracht, wenn er beispielsweise bei Betreuungsfahrten die Einsatzkräfte mit Kaffee, Tee und anderen Dingen versorge.

Und obwohl Rüdiger Smal „erst“ seit 2002 bei der Landespolizei und mit der Einrichtung des Landespolizeiamtes vor neun Jahren als „Versorger“ beschäftigt ist, sei er schon bei unzähligen Großeinsatzlagen der Polizei gefordert gewesen, berichtet er rückblickend.

Seinen ersten Großeinsatz für die Polizei absolvierte er vom LPA aus beim „Tag der deutsche Einheit“ im Jahr 2006. Vor der Rader-Hochbrücke waren es Einsätze beim G8-Gipfel in Heiligendamm 2007, in Brokdorf 2011, beim Obama-Besuch in Berlin 2013 und zuletzt der Rockereinsatz, die ihn in seiner Funktion als „Versorger“ forderten. „Alles, was vor Ort an Logistik zu erledigen ist, haben wir in einem Team zu viert abzuwickeln“, erklärt Smal, der seit 1992 GdP-Mitglied ist. Die Herausforderungen an der Rader Hochbrücke seien aber schon besonders gewesen, zumal sich der Einsatz der Polizei mehr als drei Monate hinzog. Auf „Standby“ habe er in dieser Zeit auch in der Freizeit gestanden.

Wenn das „Nottelefon“ geklingelt habe, musste Smal auch schon mal kurzfristig aus der Freizeit heraus los, am Wochenende und auch in der Nacht hoch, um vor Ort den Kolleginnen und Kollegen bei Problemen unterschiedlichster Art hilfreich zur Hand zu gehen.

Oft auch wenn es „nur“ darum ging, für eine optimale Beleuchtung zu sorgen oder Notstromaggregate wieder betriebsbereit zu machen. „Das war aber positiver Stress, denn ich konnte in aller Regel vor Ort den erleichterten Kollegen helfen“, berichtet der passionierte Hundesportler weiter.

Und wie hat seine Frau reagiert, wenn er mal wieder angerufen wurde und sich dann spontan mal auf den Weg zur Ra-

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

der Hochbrücke gemacht habe. „Die hat geschwiegen“, lächelt Smal vielsagend und ergänzt: „Meine Frau weiß, wie wichtig diese Aufgaben für mich sind.“ Zu den Aufgaben Rüdiger Smals gehört neben der Einsatzlogistik beispielsweise auch die Beschaffung von Möbeln und Gerät für die Landespolizei.

Aufgrund gesundheitlicher Probleme hatte Rüdiger Smals Weg erst

2002 in den Dienst der Landespolizei geführt. Zuvor war der gelernte Lüftungsbauer als Versicherungsaußendienstler beschäftigt. Nachdem er eine Prothese des linken Knies erhalten hatte, schulte er um, fand zunächst beim LKA und danach im Sachbereich 32 bei der damaligen Wasserschutzpolizeidirektion sein Betätigungsfeld, bevor dann 2005 der Wechsel ins LPA erfolgte und er fortan für Haushalt und Beschaffung ver-

antwortlich war. Und die Aufgaben im LPA, die er derzeit erledigt, bedeuten dem sympathischen, meist verschmitzt lächelnden Angestellten sehr viel. Vor allem die Möglichkeit, neben der Büroarbeit auch oft im „Außendienst“ die Kolleginnen und Kollegen als „Freund und Helfer“ zu unterstützen, gefalle ihm sehr. „Hier möchte ich am liebsten bis zu meiner Pensionierung bleiben“, unterstreicht Rüdiger Smal. **Thomas Gründemann**

GMSH

Markus Lüthke übernimmt Vorsitz

Treffen der Betriebsgruppe GMSH

Am 27. März fand eine Betriebsgruppenversammlung GMSH beim Polizeirevier Rendsburg statt.

Der Stellvertretende Landesvorsitzende Torsten Jäger diskutierte und informierte über die aktuelle gewerkschaftliche Situation, Informationsflüsse in der GdP, den Fachausschuss Tarif und die direkte Einbindung der GdP in die Große Tarifkommission, Rechtsschutz und gewerkschaftliche Bildungsangebote. GMSH-Mitglieder sind über die Regionalgruppen in die gewerkschaftliche Organisation eingebunden und erhalten auf diesem Wege ihre Informationen. Die besonderen Interessen als GMSH-Beschäftigte im polizeilichen Nahbereich der Gebäudebewirtschaftung werden über die Betriebsgruppe GMSH direkt zum Landesvorstand transportiert.

Da Karl-Heinz Bode (m.), der die Betriebsgruppe bis zu seinem Ruhestand vor einem Jahr erfolgreich führte, mit einem Blumenstrauß verabschiedet wurde, galt es, neue Ansprechpartner zu wählen.

Vorsitzender der Betriebsgruppe wurde der 45-jährige Markus Lüthke (l.).

Der gelernte Kaufmann sowie Heizungs- und Lüftungsbauer begann im Jahre 2000 als Hausmeister bei der Polizeiinspektion Pinneberg, wurde dann 2001 übergeleitet zur GMSH. Dort wechselte er 2007 zur Polizeidirektion Itzehoe und ist seit dieser Legislatur im Personalrat der GMSH tätig. Eine große Familie und das eigene Haus in Krempe füllen die ansonsten knappe Freizeit voll aus.

Erste Stellvertretende Vorsitzende wurde Monika Otte. Sie ist in der Kieler Zentrale der GMSH tätig und zu 50%



für personalrätliche Tätigkeit freigestellt.

Zweiter Stellvertreter wurde Siegfried Muhl (r.), der in Neumünster für den Landesbau wirkt und Ersatzmitglied im Personalrat ist. **Torsten Jäger**

BESOLDUNG

„Inselzulage“ wird kommen

Kiel – Seit Jahrzehnten streitet die Gewerkschaft der Polizei für einen Ausgleich zusätzlicher Kosten, die die Beamtinnen und Beamten auf den Nordseeinseln Helgoland, Amrum, Föhr und Sylt haben. Jetzt scheint Bewegung in die Angelegenheit zu kommen: Innenminister Breitner ließ eine entsprechende Vorlage erarbeiten.

Der Finanzausschuss, aber auch Innen- und Justizausschuss beschäftigten sich im März mit einer Vorlage des Innenministeriums. Das Finanzministerium wollte zwar eine andere Lösung als die einer Zulage. Ministerin Heinold plädierte für eine „lebenspraktische Verbesserung“. Die Grünen-Politikerin

hatte vor allem bezahlbaren Wohnraum vor Augen.

Das wiederum hätte nicht die anderen Nachteile abgedeckt, denen die Inselbeamten ausgesetzt sind. So müssen die Helgoländer für weiterführende Schulen ihrer Kinder zusätzliche Reise- und Internatskosten aufbringen. Auch Besuche von Fachärzten sind mit großem Umstand und Kosten verbunden.

Von den 49 Polizeibeamten auf Sylt müssen täglich 22 pendeln, weil entweder kein passender oder bezahlbarer Wohnraum zu erhalten ist.

Innenminister Breitner (SPD): „Ich halte eine monatliche Nachteilsausgleichszahlung für Landesbedienstete für erforderlich.“ Die deutlich höheren Lebenshaltungs- und Transportkosten und insbesondere der Mangel von unbezahlbarem Wohnraum führten dazu, dass die Polizeibeschäftigten ihren Wohnsitz von der Insel Sylt aufs Festland verlegten. Breitner: „Dadurch wird die polizeiliche Versorgung der Insel gefährdet. Eine Tendenz, die sich auch für die übrigen nordfriesischen Inseln und Helgoland abzeichnet.“

Zuvor hatte das Innenministerium eine Modellrechnung angestellt: Das Leben auf der Insel bringt Mehrkosten zwischen 530 € bis 1100 € mit sich. Im Gegensatz zum Festland hätten die Landesbediensteten auf den Inseln so gut wie kein „Auswahlermess“ bezüglich der Anmietung von Wohnraum oder gar Wohneigentum, der Auswahl der Transportmittel zum Festland oder dem Kauf von Produkten. Eine Vergleichbarkeit mit anderen Ballungsräumen auf dem Festland sei weder gegeben noch möglich. Breitner spricht von einem „Alleinstellungsmerkmal“ der Inseln – einer negativen Besonderheit dieser attraktiven Urlaubsregionen. „Nur mit einem

Fortsetzung auf Seite 8



8 Tage Erlebnisreise
vom 06. bis 13. Sept. 2014

Baltikum – 3 Länder, Kulturen und Völker



pro Person im Doppelzimmer
1.099,00 €



Auf dieser Reise erleben Sie die bezaubernde Landschaft des Baltikums und der Kurischen Nehrung sowie die Städte Tallinn, Riga und Kaunas

Reiseverlauf:

- 06.09. Flug mit Lufthansa nach Tallinn
- 07.09. Erleben und erkunden Sie das mittelalterliche Tallinn
- 08.09. Fahrt in das Ostseebad Pärnu und weiter nach Riga
- 10.09. Erkunden Sie die Gassen der Altstadt von Riga
- 11.09. Rundgang durch die Hafenstadt Klaipeda
- 12.09. Mit der Fähre auf die Kurische Nehrung
- 13.09. Über Kaunas nach Vilnius
- 14.09. Besichtigung der Altstadt von Vilnius
anschl. Rückflug nach Deutschland

Preise inklusive Flug ab / bis Hamburg

pro Person im Doppelzimmer **1.099,00 €**
Einzelzimmeraufschlag **230,00 €**

Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen

Leistungen

- ▶ Flug von Hamburg über Frankfurt mit Lufthansa nach Tallinn
- ▶ Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren sowie aktuelle Kerosinzuschläge
- ▶ Transfers, Ausflüge und Besichtigungen in klimatisierten, bequemen, landestypischen Reisebussen
- ▶ Fährüberfahrt auf die kurische Nehrung
- ▶ 7 Hotelübernachtungen
- ▶ 7 x Frühstück, 7 x Abendessen

Ihr Gebeco Mehr Wert:

- ▶ Deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung
- ▶ Zug zum Flug 2. Klasse
- ▶ Komplettes Besichtigungsprogramm laut Reiseverlauf
- ▶ Stadtrundgang Tallinn, Riga und Vilnius
- ▶ Strandspaziergang Ostseebad Pärnu
- ▶ Halt am Berg der Kreuze
- ▶ Bernsteinmuseum in Palanga
- ▶ Tagesausflug Kurische Nehrung
- ▶ Eintrittsgelder
- ▶ Gebeco Reiseinformationen / Reiseliteratur

PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen
und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 / 17093
Telefax 0431 / 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

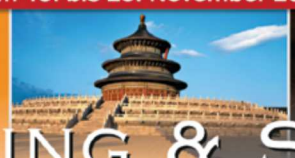
PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Fotos: Gebeco - Veranstalter: Gebeco GmbH & Co. KG - Es gelten die Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH & Co KG, Kiel

8-tägige Städtereise vom 18. bis 25. November 2014



Unterbringung im
Doppelzimmer p. P. ab
€ 829,-



PEKING & SHANGHAI

METROPOLLEN DER GEGENSÄTZE

Geplanter Reiseverlauf:

1. Tag: Linienflug von Frankfurt nach Shanghai.
2. Tag: **Shanghai - Peking:** Ausflug (fakultativ), Besichtigung Sommerpalast inkl. Mittagessen, Hutong-Tour mit Rikschafahrt.
3. Tag: **Peking.** Ausflug (fakultativ), Besichtigung Verbotene Stadt mit Kaiserpalast, Platz des Himmlischen Friedens, Himmelstempel inkl. Mittagessen.
4. Tag: **Peking.** Ausflug (fakultativ) Große Mauer, Fotostopp Olympiapark, Fußmassage und Mittagessen.
5. Tag: **Peking - Shanghai.** Transfer zum Weiterflug nach Shanghai.
6. Tag: **Shanghai.** Ausflug (fakultativ) Besuch der Altstadt mit Teehaus, Zick-Zack-Brücke, Yu-Garten, inkl. Mittagessen.
7. Tag: **Shanghai.** Ausflug (fakultativ), Jade-Buddha-Tempel, Uferpromenade Bund inkl. Mittagessen und Abschiedsessen – Transfer mit dem Transrapid zum Flughafen. Rückflug.
8. Tag: Ankunft in Frankfurt.

Ihre Hotels:

Holiday Inn Chang An West 4 Sterne in Peking
Hotel Grand Mercure Baolong 4 Sterne* in Shanghai

Eingeschlossene Leistungen:

- Linienflug mit China Eastern (Economy Class) von Frankfurt und zurück
- Innerchinesische Flüge mit China Eastern von Shanghai nach Peking und zurück.
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (Stand 08/2013).
- Transfers inkl. Gepäckbeförderung
- 3 Nächte in Peking und 2 Nächte in Shanghai in den genannten Hotels o.ä. inkl. 5x Frühstücksbuffet.
- Örtliche, deutsch sprechende Reiseleitung.
- Infomaterial und Reiseführer, ÖPNV-Coupon.
- Visabesorgung
- PSW-Reisebegleitung

Reise wie beschrieben	pro Person ab
Unterbringung im Doppelzimmer	829,- Euro
EZ-Zuschlag	120,- Euro
Ausflugspaket (fakultativ)	169,- Euro
Akrobatikshow am 6. Tag	25,- Euro
Rail & Fly 2. Klasse	61,- Euro
Pekingente-Abendessen am 4. Tag	25,- Euro
Visagebühren	ca. 90,- Euro

PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen
und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 / 17093
Telefax 0431 / 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Veranstalter: DERTOUR GmbH & Co KG, 60424 Frankfurt/M. Irrtum, Zwischenverkauf, Programm- und Routenänderungen bleiben vorbehalten. Mindestteilnehmerzahl: 17 Personen.



Und was sonst noch so war ...

7. März

„Schleswig-Holsteins Bevölkerung wächst weiter“, so lesen wir heute. 2,808 Mio. Menschen leben im nördlichsten Bundesland, so eine statistische Erhebung. Das sind 1638 mehr als Ende 2012. Als Grund für die Bevölkerungszunahme nehmen die Behörden Zuzüge und Zuwanderer an. Die „natürlichste Bevölkerungsentwicklung“ lief auch im ersten Halbjahr 2013 negativ. Schleswig-holsteinische Frauen brachten in diesem Zeitraum 9826 Kinder zur Welt, während 16 961 Personen starben.

10. März

Um Rechtsschutz bemühte sich ein Kollege aus der Regionalgruppe Lauenburg-Stormarn. Er wurde mit Ablauf des Dezembers 2012 in den Ruhestand versetzt. Zum gleichen Zeitpunkt lief die Ausgleichszulage aus. Das Finanzministerium rechnete anders als allgemein üblich: Erst das Auslaufen der Zulage, dann der Ruhestand und zahlte nicht. Die Schleswiger Verwaltungsrichter nahmen diese kuriose Berechnung aufs Korn und stellten sie unwirksam. Damit war der Weg für unseren Antragsteller frei. Er bekam die Zulage nachgezahlt.

12. März

Axel Dunst, Regionalgruppe AFB, macht uns heute auf folgende Problematik aufmerksam: Es geht um die (früheren) GEZ-Gebühren. Während die Auszubildenden in Eutin der sogenannten „Kasernenbefreiung“ unterliegen und nichts zahlen müssen, verhält es sich mit den Auszubildenden an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung anders. Sie wohnen in Studentenheimen mit privat geschlossenen Mietverträgen. Wir starten zu der Problematik eine Länderumfrage der Jungen Gruppe und beauftragen unsere Anwältin, Prüfung zum Gleichheitsgrundsatz durchzuführen.

3. April

Glückwünsche schreibt heute Thorsten Schwarzstock, Vorsitzender der Regionalgruppe Justizvollzug, an Silke Nevoigt nach Berlin. Sie hatte Schwarzstock mitgeteilt, dass der dortige GdP-Landesbezirk nun auch eine Untergliederung Justizvollzug gegründet hatte. Schwarzstock: „Das ist ja echt ein Knaller. So schnell hatte ich mit dem positiven Trend nicht gerechnet.“

4. April

Um 10.00 Uhr habe ich Besuch von einem Kollegen eines Polizeiauto-bahnreviers. Er kam als Länderwechsler im Dezember 2012 zur Landespolizei Schleswig-Holstein. Sein Anliegen: Die Berechnung für die Jubiläumsdienstzeiten. Vorzeiten bei seinem früheren Dienstherrn zählen nicht mit. Während zum Beispiel Vorzeiten bei der Bundeswehr oder Wehersatzdienst angerechnet werden, entfallen Zeiten bei anderen Dienstherrn. Wenn mein Gesprächspartner 42 Jahre Polizeibeamter ist, erhält er in Schleswig-Holstein eine Dankesurkunde für 25-jährige Dienstzeit. Dies hat uns die Föderalisierung „eingebrockt“. Wir wenden uns an die Abgeordneten der Regierungskoalition.

8. April

Immer wieder werde ich von Jung-Ruheständlern nach Hinzuverdienstregelungen befragt. Rentner und Pensionäre sind unterschiedlich zu behandeln. Für Rentner gilt Folgendes: Alle, die älter als 65 Jahre plus Verlängerungszeit sind, dürfen beliebig viel hinzuverdienen, ohne dass die Rente gekürzt wird. Sie brauchen ihren Zusatzverdienst auch nicht dem Rentenversicherungsträger zu melden.

Bei Pensionären gelten neue Höchstgrenzen für den Hinzuverdienst. Für Ruhestandsbeamte bzw. für Witwen und Witwer bilden die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe jener Besoldungsgruppe, aus der das Ruhegehalt berechnet wird, die Einkommenshöchstgrenze. Die Höchstgrenze beträgt mindestens den Betrag, der der Höhe des Anderthalbfachen der jeweils ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 4, zuzüglich des jeweils zustehenden Unterschiedsbetrages nach § 50 Abs. 1 BeamtenVG (entspricht dem kinderbezogenen Familienzuschlag). Der kinderbezogene Anteil des Familienzuschlags bleibt somit in voller Höhe erhalten.

Achtung hier: Die zusätzliche Tätigkeit ist dem Dienstherrn anzuzeigen.

BESOLDUNG

Fortsetzung von Seite 6

Nachteilsausgleich wird es gelingen, qualifizierte Polizeivollzugsbeamte für den Dienst auf den Inseln zu gewinnen, indem wir ihnen sagen können, dass sie mit dieser Entscheidung keinen signifikanten finanziellen Nachteil erfahren werden“, sagt der Innenminister. Daneben müssen alle Anstrengungen unternommen werden, auf den Inseln bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Inselzulage hält er jedoch für einen „unverzichtbaren Bestandteil eines Gesamtkonzeptes“. Mit der Zulage könnten sich die Beamten dort, wo bezahlbarer und attraktiver Wohnraum nicht vorhanden sei, möglicherweise eine kleine Mietwohnung „leisten“.

Bei Redaktionsschluss war noch nicht klar, wie hoch die Zulage tatsächlich ist. Allerdings allein Umstand, dass so intensiv über die Inselzulage diskutiert wird, ist schon ein gutes Zeichen. **rr**

TAUSCHGESUCH

PK'in aus Bremerhaven (ESD) sucht ab sofort einen Tauschpartner aus Schleswig-Holstein.

Bei Interesse bitte eine E-Mail an s.schimanke@polizei.bremerhaven.de

